

Antrag

der Abgeordneten Rüdiger Lucassen, Dr. Michael Ependiller, Thomas Seitz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Lehren aus gescheitertem Afghanistan-Einsatz ziehen – Jährliche Debatte zur sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland im Deutschen Bundestag etablieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Dem Deutschen Bundestag obliegt sowohl das Budgetrecht über die deutschen Streitkräfte als auch die Entscheidungshoheit über die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Damit ist das deutsche Parlament das wichtigste Verfassungsorgan, um die Grundlagen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu debattieren und zu beschließen.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hält eine jährliche Debatte zur sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der deutschen Streitkräfte ab. Der Bundeskanzler gibt dazu eine Regierungserklärung ab.

Berlin, den 20. August 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Schutz ihrer Bürger vor Angriffen von außen ist hoheitlicher Auftrag. Die Gewährleistung der territorialen Unversehrtheit Deutschlands durch deutsche Streitkräfte ist im Grundgesetz fest verankert. Streitkräfte sind darüber hinaus ein vitaler Ausdruck des Anspruchs auf staatliche Souveränität. Die Landesverteidigung wird dadurch zum ranghöchsten Auftrag der Bundeswehr. Alle anderen Aufträge deutscher Streitkräfte sind der Landesverteidigung unterzuordnen.

Die deutsche Verteidigungspolitik unterliegt, wie bei allen souveränen Staaten, einem stetigen Wandel der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen. Gleichwohl ist Verteidigungspolitik auch immer abhängig von gesellschaftlicher Akzeptanz. Deutschland, als Mittelmacht im Zentrum Europas, trägt darüber hinaus auch eine besondere Verantwortung für seine Nachbarn sowie den gesamten Kontinent. Europa erwartet von Deutschland Führung und Unterstützung – auch in militärischer Hinsicht. Es liegt im deutschen Interesse, diese Erwartungen zu erfüllen. Die traditionelle Zurückhaltung der Bundesrepublik Deutschland in der Sicherheitspolitik ist der besonderen historischen Situation Deutschlands geschuldet. Deutschland hat die Aufgabe, seine gestiegene Verantwortung mit seiner traditionellen Politik der Zurückhaltung in ein ausgewogenes und zeitgemäßes Verhältnis zu bringen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges war die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik von der sogenannten „Friedensdividende“ geprägt. Die Notwendigkeit einer ereignisunabhängigen nationalen Sicherheitsvorsorge ist aus dem Fokus der Politik und der Öffentlichkeit gerückt. Als Folge dieser Entwicklung hat die Bundeswehr eine lange Zeit der politischen und finanziellen Vernachlässigung durchlebt. Heute sind die deutschen Streitkräfte nicht mehr in der Lage, ihren verfassungsgemäßen Auftrag zu erfüllen. Die Bundeswehr ist als Ganzes nicht mehr zur Landesverteidigung befähigt. Eine politische Kursänderung in der deutschen Verteidigungspolitik ist dringend geboten. Sie setzt gesellschaftliche Akzeptanz voraus.

Die Gesamtlage der sicherheitspolitischen Herausforderungen, erfordert eine permanente Anpassung der politischen und militärischen Maßnahmen. Dem Deutschen Bundestag obliegt sowohl das Budgetrecht über die deutschen Streitkräfte, als auch die Entscheidungshoheit über die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Damit ist das deutsche Parlament die ranghöchste Institution, um die Grundlagen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu debattieren und zu beschließen.

Der NATO-geführte Einsatz in Afghanistan endet nun nach 20 Jahren voraussichtlich mit der vollständigen Übernahme der Regierungsgewalt durch die Taliban. Die frühen Hinweise auf ein Scheitern des Einsatzes, die hohen Opferzahlen unter Soldaten und Zivilisten, ihre körperlichen und seelischen Verwundungen sowie die gravierenden Kosten für die deutschen Steuerzahler, erfordern eine umfassende Evaluation des deutschen Engagements in Afghanistan. Darüber hinaus wirft der Einsatz deutscher Streitkräfte am Hindukusch aber auch Fragen nach der Sinnhaftigkeit, strategischen Planung und den Zielvorgaben für andere Auslandseinsätze deutscher Streitkräfte auf.

Die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu robusten Militäreinsätzen außerhalb von Landes- und Bündnisverteidigung ist gering. Zwischen 2008 und 2014 nahm beispielsweise die Zustimmung zum ISAF-Einsatz laut Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) von 64 auf 35 Prozent ab (www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/238332/afghanistan-einsatz). Auch nach neuesten Zahlen des ZMSBw vom Oktober 2020 stimmten nur etwas mehr als ein Drittel der Bürger dem Nachfolgemandat Resolute Support zu (www.bundeswehr.de/rsource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbf-baa93/download-fober-128-data.pdf). Die Zustimmungsraten zu den übrigen Mandaten verharren auf einem ähnlich niedrigen Niveau. Darüber hinaus fühlt sich nur etwa ein Sechstel der Bundesbürger (16 Prozent) sehr gut oder eher gut über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert. Die Autoren der Studie konstatieren, „dass die deutsche Bevölkerung [...] nur über sehr begrenzte Kenntnisse über die Auslandseinsätze der Bundeswehr verfügt“ (ebd. S. 254).

Dieser Befund alarmiert uns Volksvertreter, die wir im Namen des Volkes über den Einsatz unserer Parlamentsarmee zu entscheiden haben. Es obliegt daher allen Abgeordneten, den Willen der Bevölkerung stärker als bisher zu berücksichtigen und über sicherheits- und verteidigungspolitische Lagebilder zu informieren. Die Antragsteller begrüßen daher die Ankündigung der Bundesverteidigungsministerin, die im März 2021 eine Initiative zur stärkeren Thematisierung sicherheitsrelevanter Themen durch das Parlament anregte.